

EUROPA-INFORMATIONEN AKTUELL

VERTRETUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN BEI DER EU

9. März 2026

EU-Kommission stellt Industrial Accelerator Act vor: „Made with Europe“

Am 4. März 2026 hat die Europäische Kommission den sogenannten Industrial Accelerator Act (IAA) vorgestellt. Mit diesem Gesetzesvorschlag verfolgt die EU das Ziel, die industrielle Produktion in Europa zu stärken, Investitionen in klimafreundliche Technologien zu beschleunigen und die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union zu erhöhen. Der Vorschlag ist Teil einer umfassenderen industriepolitischen Strategie, mit der Europa auf zunehmende geopolitische Spannungen, intensiveren globalen Wettbewerb und neue Abhängigkeiten in internationalen Lieferketten reagiert.

Zentrales Anliegen des Industrial Accelerator Act ist es, die industrielle Basis der EU zu sichern und auszubauen. In den vergangenen Jahrzehnten ist der Anteil der Industrie an der europäischen Wirtschaftsleistung deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig haben andere große Wirtschaftsräume – insbesondere die USA und China – ihre Industriepolitik massiv ausgeweitet und unterstützen strategische Schlüsselindustrien mit umfangreichen Förderprogrammen. Vor diesem Hintergrund versucht die EU, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und langfristig mehr industrielle Wertschöpfung in Europa zu halten. Der Industrial Accelerator Act soll dazu beitragen, Investitionen in strategische Industrien anzukurbeln und den Anteil der Industrie an der europäischen Wirtschaft wieder zu erhöhen.

Ein wichtiger Bestandteil des Entwurfs ist die Formel „Made with Europe“- beziehungsweise europäische Wertschöpfungskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen und Förderprogrammen. Öffentliche Aufträge und staatliche Förderungen sollen künftig stärker an Bedingungen geknüpft werden, die einen bestimmten Anteil an Produktion oder Wertschöpfung innerhalb der Europäischen Union voraussetzen. Dadurch soll verhindert werden, dass staatliche Fördergelder indirekt vor allem Unternehmen außerhalb Europas zugutekommen. Gleichzeitig soll so die Nachfrage nach in Europa produzierten Gütern gesteigert werden. Besonders relevant ist dies für strategische Industrien wie Batterien, Elektrofahrzeuge, erneuerbare Energietechnologien, Wasserstoffinfrastruktur sowie energieintensive Grundstoffe wie Stahl oder Zement.

Darüber hinaus sieht der Industrial Accelerator Act Maßnahmen vor, um Investitionen in klimafreundliche industrielle Technologien zu beschleunigen. Die EU verfolgt das Ziel, ihre Industrie langfristig klimaneutral zu gestalten. Der IAA soll deshalb Märkte für CO₂-arme Produkte stärken und Unternehmen Anreize geben, in neue Technologien zu investieren. Öffentliche Nachfrage und Förderprogramme sollen gezielt dazu beitragen, dass klimafreundliche Produktionsverfahren wirtschaftlich wettbewerbsfähig werden.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzes liegt auf der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Industrieprojekte. Viele Investitionen scheitern in Europa bislang an langen Planungs- und Genehmigungsprozessen. Der Industrial Accelerator Act sieht deshalb vor, dass Mitgliedstaaten zentrale digitale Anlaufstellen – sogenannte „One-Stop-Shops“ – einrichten, über die Genehmigungen schneller und

effizienter abgewickelt werden können. Ziel ist es, bürokratische Hürden zu reduzieren und Investitionsentscheidungen zu erleichtern.

Zusätzlich enthält der Vorschlag Regelungen zur stärkeren Kontrolle ausländischer Investitionen in strategische Industrien. Wenn Investoren aus Drittstaaten große Beteiligungen in besonders sensiblen Sektoren erwerben möchten, sollen diese Investitionen künftig genauer geprüft werden. Hintergrund ist die Sorge, dass wichtige Technologien oder Produktionskapazitäten von externen Akteuren kontrolliert werden könnten und dadurch neue wirtschaftliche Abhängigkeiten entstehen.

Der Industrial Accelerator Act muss auch im Kontext einer sich verändernden globalen Wirtschafts- und Machtordnung verstanden werden. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass wirtschaftliche Sicherheit und geopolitische Interessen zunehmend miteinander verknüpft sind. Handelskonflikte, geopolitische Spannungen und unterbrochene Lieferketten – etwa während der Corona-Pandemie oder im Zuge internationaler Krisen – haben die Verwundbarkeit globalisierter Produktionsstrukturen deutlich gemacht. Viele Staaten verfolgen deshalb wieder stärker eine aktive Industriepolitik und versuchen, strategische Industrien im eigenen Wirtschaftsraum zu fördern.

Auch die Europäische Union reagiert auf diese Entwicklung. Mit dem Industrial Accelerator Act verfolgt sie eine Strategie, die darauf abzielt, kritische Produktionskapazitäten innerhalb Europas zu stärken und gleichzeitig neue wirtschaftliche Partnerschaften aufzubauen. Handelsabkommen mit vertrauenswürdigen Partnern gewinnen in diesem Zusammenhang an Bedeutung, da sie stabile Lieferketten und gegenseitigen Marktzugang sichern sollen. Gleichzeitig soll die Förderung europäischer Produktion dazu beitragen, technologische Kompetenzen und industrielle Arbeitsplätze langfristig in der EU zu halten.

Insgesamt steht der Industrial Accelerator Act somit für eine neue Phase europäischer Industriepolitik. Die EU versucht damit, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit einer stärkeren strategischen Autonomie zu verbinden. Die Förderung von in Europa hergestellten Produkten, schnellere Genehmigungsverfahren und gezielte Investitionen in Zukunftstechnologien sollen dazu beitragen, dass Europa auch in einer zunehmend wettbewerbsorientierten und geopolitisch geprägten Weltwirtschaft ein bedeutender Industriestandort bleibt.

[Pressemitteilung zum Industrial Accelerator Act](#)

Bei Rückfragen kontaktieren Sie gerne:



Dr. Merten Barnert
Vertretung des Landes Mecklenburg-
Vorpommern bei der Europäischen Union
Boulevard St. Michel 80
B-1040 Brüssel

Telefon: +32 2 741 6000
Fax: +32 2 741 6009
E-Mail: merten.barnert@mv-office.eu
Internet: www.europa-mv.de